

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Abteilung 1 Organisierte Kriminalität
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

19.09.2013

Strafantrag.

Die Unterzeichner dieses Strafantrags beantragen die Verhaftung von Dieter Oswald sowie weiteren im Text des Strafantrags aufgeführten Personen, und die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen sie wegen Straftaten bzw. Beihilfe zu Straftaten, die gleichfalls im Text genannt und geschildert sind.

Darüber hinaus besteht dringender Tatverdacht der Untreue, des Betrugs, der Begünstigung von Straftaten u.a. für Ministerpräsidentin NRW Hannelore Kraft, Mitglieder ihres Kabinetts, Staatssekretäre und Mitarbeiter der Staatskanzlei. Es wird beantragt, die Immunität dieser Personen aufzuheben, und gegen sie Strafverfahren einzuleiten.

Nach Bewertung von Zeugenaussagen und Sichtung relevanter schriftlicher Unterlagen, ist es unvermeidlich zu der Schlußfolgerung zu gelangen, daß es sich bei den Beschuldigten, die dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und der Justiz NRW angehören, um die Mitglieder einer kriminellen und terroristischen Vereinigung handelt, die ihr erstes und einziges Ziel, die eigennützige Selbstbereicherung, mit Methoden organisierter Kriminalität (sprich Mafia), wie z.B. Geldwäsche und Schutzgelderpressung, verfolgt, den Menschenraub- und -Handel betreibt (§§ 234-236 StGB), sowie Straftaten begeht, von denen Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen (§§ 63, 239), Erpressungen, Nötigungen, Mißhandlungen der Schutzbefohlenen, und Betrug die schwerwiegendsten sind, und Beleidigungen, üble Nachrede, Verleumdungen, Nachstellungen zu den kleineren Delikten gehören.

Zu dieser Partnerschaft, deren eigenmächtiges Agieren gegen alle bekannte Rechtsnormen verstößt, reihen sich weitere Auftraggeber und -Nehmer, wie z.B. Beamte städtischer Verwaltungen, Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsämter, Betreuungsfirmen, pseudomedizinischer Instituten, pseudomedizinisch-beruflicher Rehabilitationseinrichtungen, Staatssekretäre, Regierungsmitglieder, Funktionäre politischer Parteien, Industrielle und Arbeitgeber ein. Das stichhaltige Beispiel solcher Verflechtung der Interessen im mafiösen Sumpf von Behörden, Justiz und Unternehmen ist der LVR, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln. Mit seinem Logo: Qualität für Menschen, wirbt LVR in der Öffentlichkeit, die offensichtlich nicht vorhanden oder dermaßen verblödet ist, daß sie von der kriminellen Wirklichkeit dieser Qualität bisher nichts mitbekommen hat.

Die Vorgehensweise dieser Bettler- Diebes- und Prügelbande wird im weiteren veranschaulicht. Der im Auftrag von LVR und Justiz NRW tätige Betrüger Dieter Oswald erbringt Scheinleistungen in der Form von pseudopsychiatrischen „Gutachten“, die seinen Komplizen erlauben, willkürlich ausgewählte Menschen in pseudopsychiatrische Anstalten, die sich als Kliniken deklarieren, einzuweisen, sie dort gegen ihren Willen festzuhalten, erniedrigenden Prozeduren zu unterziehen, sie gegebenenfalls mit pseudomedizinischen Präparaten zu vergiften, wodurch ihre Gesundheit, Ruf und Psyche unwiederruflich beschädigt werden.

Darüber hinaus, betreibt diese Bande Entführungen von Minderjährigen, was mit der Zerschlagung von Familien einhergeht, was als notwendige Maßnahmen dargestellt werden und damit begründet, dem Kindeswohl zu dienen, was in Wirklichkeit keineswegs Tatsachen entspricht oder durch irgedwelche Beweise zu belegen ist. Bewiesen ist in allen solchen Fällen die Bereicherung und regelmäßiges Kassieren beachtlicher Geldsummen als Entlohnung für Scheinleistungen, die als notwendig und wissenschaftlich begründet dargestellt werden. In Wirklichkeit handelt es sich um Scheingeschäfte, die zum Zweck gemeinschaftlicher Aneignung öffentlicher Gelder betrieben werden.

Die fachliche Inkompetenz freipraktizierender Pseudoärzte und Pseudomediziner an den Universitätskliniken belegen u.a. Berichte von Dr. Andrej Poleev, der aufgrund der von ihm verfassten Enthüllungen rassistischer und homophober Hetze in der Art mittelalterlicher Hexenverfolgung ausgesetzt ist. Eine dokumentarische Darstellung dieser Hetze erfolgte in seinem 2010 veröffentlichten Buch Indictments sowie in weiteren Texten und Strafanträgen, von denen keine Einzige zu strafrechtlichen Ermittlungen gegen dort genannter Täter führte; stattdessen wurde er mit dem Berufsverbot und schließlich mit einer Anordnung zur Beobachtung in eine pseudopsychiatrische Klinik bestraft, was nichts anderes als eine mißbräuchliche Anwendung des Strafrechts darstellt (§§ 63, 70 StGB). Am 9.09.2012 wurde eine Strafanzeige u.a. gegen Dieter Oswald wegen Freiheitsberaubung und weiteres erstattet und sie ausführlich begründet. Hiermit wird nochmals ausdrücklich gefordert, auch gegen Justizangehörige zu ermitteln, die sich an politisch motivierter Hetze gegen Dr. Andrej Poleev schuldig gemacht haben, bzw. sie billigten und sanktionierten: Polizeibeamte, welche rechtswidrige Haftbefehle ausführten; Staatsanwältin Rayer sowie Oberstaatsanwalt Müller (SA Essen); Richter am Landgericht Essen Busold, Postert, Konrad; Richter am Oberlandesgericht Hamm Lange, Kollmeyer und Mölling sowie nicht genannten Generalanwalt; Justizminister NRW Thomas Kutschatj; Innenminister NRW Ralf Jäger, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, sowie anderen.

A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

<http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

Indictments facebook

<http://www.facebook.com/Indictments>

A.Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

<http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

Das willkürliche Entziehen von Führerscheine stellt eine weitere, häufig angewendete Strafmaßnahme dar. Auf diese Weise haben die Polizeibanditen im Auftrag des Oberbürgermeisters der Stadt Essen Reinhard Paß den Führerschein von Dr. Andrej Poleev gestohlen. Diese Willkür ereignete sich am 26.01.2010, obwohl er keinesfalls rechtswidrige Taten beging, die im § 69 StGB genannt sind. Zu diesem Zeitpunkt hatte er schon seit Jahren kein Auto mehr und kein Auto gefahren. Gleichfalls war er zu keinem Zeitpunkt psychisch krank oder unzurechnungsfähig, was die ärztlichen Gutachten aus den Jahren 2005, 2009 und 2013 bestätigen.

Gutachten von Dr. med. Klaus Weischer, Arzt für Neurologie und Psychiatrie, vom 11.04.2005.

Gutachten von Dr. Christoph Schorn, Arzt an der Klinik für Psychiatrie und Psychiatrie der Universität Duisburg-Essen, vom 18.02.2009.

Attest von Dr. med. Harald Hermes, Arzt für Allgemeinmedizin, vom 18.02.2013.

Anlage: Gutachten.pdf

Eine solche Vorgehensweise ist keinesfalls ein Einzelfall sondern üblich, d.h. stellt den Regelfall dar. Den systematische Machtmißbrauch der Amtsträger und Behörden belegen weitere Beispiele: so z.B. wurden Pater Rolf Hermann Lingen und Rainer Hoffmann Repressalien ausgesetzt und mit strafpsychiatrischen Maßnahmen konfrontiert.

Diffamierung per "Sachverständigen-Gutachten". Eine Fallstudie zu Norbert Leygraf / Landgericht Bonn. Bericht von Pater Rolf Hermann Lingen, römisch-katholischer Priester, Dorsten, 09.09.2004.

<http://www.kirchenlehre.com/leygraf.pdf>

"Halten Sie die Klappe, sonst fliegen Sie raus!" - Bericht von Pater Rolf Hermann Lingen vom 3.04.2008.

<http://pressemitteilung.ws/node/125136>

Als Antwort auf seine Dienstaufsichtsbeschwerde betreffend einer Vorladung von Dieter Oswald zu einer „psychiatrisch-medizinischen Untersuchung“ am 20.04.2011, dem Geburtstag von Adolf Hitler, erhielt Rainer Hoffmann am 6.6.2011 ein Schreiben, in dem im Auftrag der Direktorin des LVR die Übernahme der Verantwortung bestritten und jeglicher Handlungsbedarf verneint wurde. Keine Einsicht zeigten ebenfalls die Richter des Amtsgerichts Recklinghausen, die diese und weitere Strafmaßnahmen gegen ihn anordneten, so daß er sich letztendlich ins Exil retten mußte, um die Hetze zu entkommen.

Kopie der Einladung zur psychiatrisch-medizinischen Untersuchung am 20.04.2011.

http://solarresearch.org/sk2010/INFO/LVR_Psychiater_OswaldDieter_20110408_fuer20110420.pdf

Schreiben vom 6.6.2011 aufgrund einer Dienstaufsichtsbeschwerde von Rainer Hoffmann, im Auftrag der Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland, unterschrieben: Duldhardt.

Anlage: LVR.pdf

Solarkritiker flüchtet vor deutscher Justiz ins Ausland.

<http://www.eike-klima-energie.eu/climategate-anzeige/solarkritiker-fluechtet-vor-deutscher-justiz-ins-ausland/>

Wegen fehlender Qualifikation, Psychiatriemißbrauch für politische Zwecke, Wiederhandlung gegen geltendes Recht und weitere Vorgehen wurde Antrag auf Entziehung ärztlicher Zulassung bei Dieter Oswald, Norbert Leygraf und Jutta Muysers gestellt.

Maßnahmen zur Eindämmung organisierter Kriminalität.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=524626374265423

Dieter Oswald war auch im Entführungsfall von den minderjährigen Kindern Joshua und Kimberly-Jeena Emmrich verwickelt, und führte beleidigende „Begutachtung“ ihrer Mutter Sandra-Miriam Emmrich durch. Dipl.-Ing. Frank Engelen begutachtete „Fachpsychiatrisches“ „Gutachten“, das Dieter Oswald am 27.12.2010 im Auftrag des Amtsgerichts Recklinghausen im Verfahren FamG 72 F 133/09 erstellte; sein Fazit: Es

handelt sich keinesfalls um fachpsychiatrisches Gutachten sondern lediglich um die Strafbestände Betrug, Fälschung medizinischer Gesundheitszeugnissen (§§ 277-279 StGB), Aussageerpressung (§343 StGB), Verfolgung Unschuldiger und Vollstreckung gegen Unschuldige (§§ 344-345 StGB).

Schreiben vom 13. August 2013 an Vorstandsvorsitzenden LVR – Klinik Langenfeld Höhmann.
Anlage: LVR2.pdf

Kinder, die ihren Eltern entzogen werden, verkauft man an die Betreuungsindustrie, die unter Vortäuschung der Tatsachen satte Gewinne erzielt. Nach Einschätzung von Karin Jäckel, sichern jährlich 54.000 jugendamtlich gestohlene Kinder den Lebensunterhalt betrügerischer Betreuer mit bis zu 8.000 EUR pro Monat und Kind. Die irreführende Bezeichnung Inobhutnahme bei der Verschleppung und dem Verkauf von Minderjährigen soll den Straftatbestand Entführung von Minderjährigen verschleiern (§§ 234-236 StGB).

Das LKA soll auch prüfen, inwieweit der Kinderhandel zum Zweck des pädosexuellen Mißbrauchs betrieben wird, und ob die Kinder als Versuchsobjekte der Pharmaindustrie oder als Zwangskonsumenten ihrer Produkte mißbraucht werden.

In dieser Hinsicht wird auf die Strafanzeigen gegen Beteiligte der Entführung und „Betreuung“ beider Kinder Emmrich hingewiesen: gegen Christos Efthimiadis, Gruppenleiter des Kinderheims Oer-Erkenschwick - Gruppe Zugvogel, u.a. wegen Verdachts des sexuellen Mißbrauchs (Az. 36 Js 102/09); gegen Mitarbeiter des Jugendamtes Oer-Erkenschwick, sowie gegen Mitarbeiter des Jugendamtes Wesel (Az. 973 Js 30/13).

Am 31.07.2011 stellte Marina Scheibel, der ihre beide Kinder entzogen wurden (Amtsgericht Bielefeld 34 F 1357/12), bei ihrem Sohn Thomas, der in der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Bad Salzuflen behandelt wurde, und seit einiger Zeit im Heilpädagogischen Kinderhaus Stemwede untergebracht ist, folgende Verletzungen fest: Hämatome an beiden Beinen, xxxxx xxxxxx xxxxx und einen abgebrochenen Zahn, was sie dazu veranlasste, eine Strafanzeige bei der SA Detmold zu stellen, die aber ohne Konsequenzen blieb: die Ermittlungsverfahren Az. 22 Ujs 115/112 wurde eingestellt. Am 2.05.2012 forderte der Rechtsanwalt Michael Pattberg von der SA Bielefeld, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, was ebenfalls keine Konsequenzen für die mutmaßlichen Täter hatte, außer daß die Mutter von den Behörden Schikanen ausgesetzt wurde, und kürzlich jemand vor ihrer Wohnungstür wandalierte.

Kopie des Schreibens von Rechtsanwalt Michael Pattberg vom 2.05.2012 an die SA Bielefeld;
Anlage: Pattberg.pdf

Schreiben von Josef Ostendorf vom 4.09.2012.
Anlage: Ostendorf.pdf

Kopie des Strafbefehls vom 4.09.2013, Amtsgericht Bielefeld 35 Cs-302 Js 12973/12-1115/13 wegen § 53, 185, 194, zu Geldstrafe von 30 Tagessätzen je 10 EUR, erlassen von Richterin Poppenborg.
Strafbefehl.pdf

Einem weiteren Opfer des behörlichen Komplotts, Dipl.-Ing. Frank Engelen. wurden 4 seine minderjährige Kinder entzogen (Jasmin, Franzisca und Juliana im Verfahren 55 F 156/12 und 55 F 203/10 beim

Amtsgericht Duisburg). Seite Bürgerrechtliche Aktivität brachte ihm weitere Repressionen. So verpasste ihm die „Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie“ B. Vorkamp, Börsenstr. 11, 47051 Duisburg, am 3.04.2012 folgende „Diagnosen“: Anpassungsstörungen ICD10 F 43.2 bei defizitären Selbstfürsorgestrategie sowie sonstige spezifische Persönlichkeitsstörungen ICD10 F 60.8. Nach dem Raubüberfall in seiner Wohnung am 14.01.2013, wurde am 23.01.2013 bereits eine andere Diagnose von der Assistenzärztin I. Schumann, Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie St. Vinzenz Hospital, Doktor-Otto-Seidel-Straße 31, 46535 Dinslaken, gestellt: Gemischte schizoaffektive Störung ICD 10 F 25.2. Entsprechende Berichte, die hier keine zusätzliche Kommentierung erfordern, liegen vor.

Kopie des Schreiben der „Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie“ B. Vorkamp, Börsenstr. 11, 47051 Duisburg vom 3.04.2012. Anlage: Engelen.pdf

Bericht über eine Widerrechtliche Einweisung von Simone Pfeiffer am 14.01.2013 infolge eines angeblichen bei facebook verbreiteten Suizidankündigung, die Ingewahrsamnahme der Polizei erfolgte nach Ausstellung eines ärztlichen Attests durch Hansjörg Deck, Siedlerstr. 56, 47259 Duisburg, und durch Anordnung des Ordnungsamtes Duisburg, Friedrich-Ebert-Str. 152, 47179 Duisburg, Einweisung erfolgte ins Bertha-Krankenhaus, Maiblumenstr. (!) 5, 47229 Duisburg.

Kopie des Berichts der Assistenzärztin I. Schumann, Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie St. Vinzenz Hospital, Doktor-Otto-Seidel-Straße 31, 46535 Dinslaken, vom 23.01.2013.

Die Dreistigkeit der Behörden soll hier noch ein Fall illustrieren: die gewaltsame Trennung eines 2 Tage alten Säuglings von seiner Mutter.

Kopie des Inobhutnahme-Bescheinigung eines 2 Tage alten Säuglings von der Mutter Franziska W. am 13.02.2012, durchgeführt von Jugendamt Duiburg-Rheinhausen, und zurückgegeben am 14.03.2012. Anlage: Engelen.pdf

Die dargelegten Sachverhalte lassen keinen Zweifel daran, daß die Landesregierung die geschehene Willkür billigte und sanktionierte, und somit auch mit übrigen Täter auf die Anklagebank gehört. Der Rücktritt und die Haftstrafen für Mitglieder der Landesregierung wird gefordert u.a. wegen Mißbrauch von Psychiatrie für politische Zwecke, Rechtsbruch, Amtsmißbrauch, Beteiligung an einer kriminellen und terroristischen Vereinigung und weitere Delikte. Die Regierung Kraft zeichnet sich aus durch ihre Inkompetenz und Niveaulosigkeit, sie hat überhaupt kein anderes politischen Programm außer Repressionen gegen Bevölkerung, Zwangsmaßnahmen, Neubau von Gefängnissen und forensischen psychiatrischen Anstalten. Diese Regierung besteht aus weiblichen und männlichen Huren, die sich im Auftrag der Todesfabrik Rheinmetall und anderen Konzerne und vermögenden Freier prostituieren, um sinnlose Überproduktion zu fördern, und die Sklaven auf den Arbeitsmarkt zu liefern. Es reicht der Blick auf die Lebensläufe dieser politischen Parasiten zu werfen, um zur Überzeugung zu kommen, das sie den Abschaum der Gesellschaft darstellen. Diese schein gebildeten und schein kultivierten Personen, die sich für eine Auslese des Volkes halten und ausgeben, sind in Wirklichkeit die schlimmsten Prolls und Schurken, die man im Ruhrgebiet findet. Wenn man den Schein ihrer Reden ignoriert, und sie nach ihren Taten beurteilt, sind sie nichts anderes als Nazisten, die sich als Angehörige der Volksparteien und treue Diener des deutschen Volkes präsentieren. Das Ergebnis der Reihenfolge von schwarz-gelben und rot-grünen Regierungen ist die

wirtschaftliche und soziale Desorganisation, Willkürjustiz, inkompetente und unfähige Ärzte, Bildungsdisaster, geistige Verarmung der Bevölkerung. Über die Gewalt und Willkürjustiz in NRW liegen zahlreiche Berichte vor, die nicht in Massenmedien auftauchen, und kein Grund für Justiz- sowie Innenminister sind, irgendwelche Gegenmaßnahmen zu ergreifen:

Bericht von Frank Engelen über einen Polizeieinsatz am 14.01.2012.

<http://www.richter-nachrichten.de/news.php?readmore=258>

Polizeigewalt in NRW: Polizeiopfer fordern Aufklärung und Schutz.

<http://www.change.org/de/Petitionen/polizeigewalt-in-nrw-polizeiopfer-fordern-aufklärung-und-schutz>

Aber die Mitglieder der Landesregierung NRW sind nicht die Einzigen, die Scheinleistungen erbringen: Der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung leiden an einem noch größeren Größenwahn. Wenn ihre Hauptleistung darin besteht, ihre Wiederwahl mittels organisierten Betrugs zu sichern, die sie Bundeswahlen nennen, dann was kann man überhaupt als Leistung bezeichnen? Unter der Vortäuschung der Tatsachen, bedient sich reichlich die gesamte politische Klasse vor dem Steuereinnahmen, die mit der Methoden der Schutzgelderpressung eingesammelt werden, was wiederum eine Menge Beschäftigung den Staatsdiener und -Überwacher bringt.

Nicht anders verfahren diese Regierungen bei der Umsetzung unsinniger Hartz IV „Reformen“, die in Wirklichkeit den Lebensunterhalt deren Organisatoren und Betreiber sichern, und allen anderen den Straflager bescheren. Ein Teil dieser „Reformen“ sind medizinisch-beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen: Nebst vielen anderen Personen, wurde auch Jürgen Hanke aus Essen genötigt, an diesen Maßnahmen „mitzuwirken“, und berichtete Dr. Andrej Poleev über menschenverachtendes Prozedere am pseudowissenschaftlichen Institut für medizinisch-berufliche Rehabilitation, Im Saalscheid 8, 42369 Wuppertal. Die irreführende Bezeichnung der „medizinisch-beruflichen Rehabilitationseinrichtungen“ soll gleichfalls von der Tatsache ablenken, daß ihre Scheinleistungen vom Steuergeld bezahlt werden; die dort massenweise durchgeführten psychometrischen Untersuchungen entbehren jeglicher wissenschaftlichen sowie medizinischen Begründung, vielmehr stellen sie Straftaten dar: Betrug, Beleidigung, Nötigung und Erpressung.

Noch eine bisher legal agierende Institution - Pseudouniversität Duisburg-Essen - erschleicht öffentliche Finanzierung. Durch die Vortäuschung der Tatsachen Bildung und Forschung und mit dem Erbringen von Scheinleistungen wird die Staatskasse ausgebeudet. Diese Fabrik der Pseudoelite produziert Jahr für Jahr Absolventen verschiedenster Fächer, die das Ebenbild ihrer Ausbilder sind - genauso blöd, scheingebildet und psychopathisch. Es wurde bereits gefordert, diese Einrichtung aus der Internationalen Universitätenvereinigung auszuschließen, die Fördermittel und jegliche Zahlungen einzustellen, und die Bankkonten zu sperren.

Pseudouniversität Duisburg-Essen.

http://de.schavanplag.wikia.com/wiki/Pseudouniversität_Duisburg-Essen

Das Land NRW scheint ein Umschlagort und Tummelplatz aller möglichen kriminellen Gruppen zu sein, angefangen von der Produzenten gesundheitsschädigender Süßwaren wie z.B. Haribo, über bereits

erwähnter Menschenhandelbetreiber, bis zu Unternehmen, deren Hauptgeschäft Tod ist (Rheinmetall u.a.), wobei die Justiz zusammen mit der Politik die Rolle der Schirmherrschaft für sie übernehmen. Über das Wesen des deutschen Rechtssystem wurde nochmals in aller Deutlichkeit im offenen Schreiben, das Dr. Andrej Poleev am 5.09.2013 verfasste, aufgeklärt. Der Ausweg aus dieser gemeinschaftlichen Verirrung wurde gleichfalls in einer Aufforderung an die Organe und Angehörige der deutschen Staatssicherheit aufgezeigt.

Perversling, Sadist und Psychopath als Psychiater tätig.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=579471865442714

An die deutsche SS : Widerstand ist zwecklos !

<http://www.change.org/de/Petitionen/widerstand-ist-zwecklos>

Die Staatsanwaltschaft soll nicht weiterhin die Geschädigten und die Opfer der Willkür kriminalisieren, sondern mit deren Hilfe die echten Kriminellen identifizieren und sie zur Verantwortung ziehen, wobei es sowohl den Kriminalbeamten als auch Staatsanwälten dringend geboten wird, zuerst in ihren eigenen Reihen umzuschauen und aufzuräumen.

Die Antragsunterzeichner fordern die Einstellung jeglicher Strafmaßnahmen, gegen sie geführten Strafverfahren, Räumungsklagen u.ä, sowie die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen Initiatoren sowie Hintermänner- und Frauen bandenmäßig organisierter Willkür:

Mißbräuchliche Anwendung des § 63 (Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus) und § 70 StGB (Berufsverbot), Ermittlungsverfahren 22 Js 232/09 SA Essen, Strafverfahren 60 KIs 1/10 gegen Dr. Andrej Poleev;

Räumungsklage 1 C 179/13 gegen Sandra-Miriam Emmrich beim Amtsgericht Monschau, Laufenstr. 38, 52156 Monschau, Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Raimun Löhner, Laufenstr. 94, 52156 Monschau;

Strafbefehl 35 Cs-302 im Verfahren Js 12973/12-1115/13 vom 4.09.2013, Amtsgericht Bielefeld, gegen Marina Scheibel;

Strafbefehle und -Verfahren 25 Ds-185 Js 78/13-436/13 vom 30.07.2012 SA Duisburg, 25 Cs-373 Js 846/13-456/13 vom 19.08.2013 Amtsgericht Duisburg, und 25 OWi-Js-361 Js 1319/13-427/13 gegen Dipl.-Ing. Frank Engelen.

Der Zweck dieses Strafantrags besteht nicht nur darin, kriminelles und psychopathologisches Verhalten aufzuzeigen, und entsprechende Gegenmaßnahmen einzufordern, sondern auch darin, die rechtlichen Grundlagen für das Wiedergutmachen in der Form von Entschädigungszahlungen für die Opfer der Willkür zu schaffen.

Liste beschuldigter Personen:

Dieter Oswald, Facharzt für Psychiatrie, Psychotherapie - Diplomsozialarbeiter, Leitender Oberarzt, LVR - Klinik Langenfeld, Forensik I, Kölner Str. 82, 40764 Langenfeld, Tel.: 0201/83889-158, 02173/102-2028, dieter.oswald2@lvr.de, dieter.oswald@lvr.de;

Norbert Leygraf, Direktor des Instituts für Forensische Psychiatrie, der Universität Duisburg-Essen, LVR-Klinikum, Hohlweg 26, 45147 Essen;

Ullrich Radtke, Rektor der Universität Essen, Universitätsstr. 2, 45141 Essen;

Holger Höhmann (Vorstandsvorsitzender), Jutta Muysers (ärztliche Direktorin), Ulrike Lubek (LVR-Direktorin), LVR-Klinik Langenfeld, Abteilung für forensische Psychiatrie, Kölnerstraße 82, 40764 Langenfeld;

Dr. J. Lecheler, Vorsitzender des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft der medizinisch-beruflichen Rehabilitationseinrichtungen e.V., Buchenhöhe 46, 83471 Berchtesgaden;

Dr. med. Michaela Vormstein, Leitende Ärztin, Geschäftsführer Rolf Gantenberg und Herbert Schmidt, Institut für medizinisch-berufliche Rehabilitation, Im Saalscheid 8, 42369 Wuppertal;

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin NRW;

Thomas Kutschat, Justizminister NRW, Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf;

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW, Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf, privat: Hopfenstr. 4, 44139 Dortmund;

Ralf Jäger, Minister für Inneres NRW, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf;

Barbara Steffenswegen, Gesundheitsministerin des Landes NRW;

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung;

Reinhard Paß, Oberbürgermeister der Stadt Essen, Rathaus, Porscheplatz 1, 45121 Essen;

Polizeipräsidentin der Stadt Essen, Büscherstr. 2-6, 45131 Essen;

Richter Busold, Postert, Konrad, Landgericht Essen, Zweigertstr. 52, 45130 Essen;

Richter Hamm Lange, Kollmeyer und Mölling, Oberlandesgericht Hamm, Heßlerstraße 53, 59065 Hamm;

Generalstaatsanwalt Manfred Proyer, Generalstaatsanwaltschaft, Heßlerstraße 53, 59065 Hamm;

Personen, die an der Entführung des minderjährigen Mädchens Kimberly-Jeena Emmrich (weiblich, damals 5 Jahre alt) am 11.06.2007 beteiligt gewesen waren:

„Gutachter“ Dieter Oswald;

Beamte des Jugendamtes Wesel Röhricht, Schanzmann, Kolaric, Heller, Koenecker;

Richter a.D. Schuster am Amtsgericht/Faminiengericht Wesel, Herzogenring 33, 46483 Wesel;

Geschäftsleitung des Marienhospital Wesel gGmbH;

Die Geschäftsleitung des Kinderheims Oer-Erkenschwick St. Agnes, Kleinstgruppe Krefeld, sowie Kinderheims St. Agnes Betreuungsgruppe JUNIKUM GmbH;

Hiltrud Ennenbach, Lipper Weg 16, 45770 Marl;

Personen, die an der Entführung des minderjährigen Jungen Joshua - Collin Emmrich (damals 2 Jahre alt) am 25.06.2010 beteiligt gewesen waren:

„Gutachter“ Dieter Oswald, Beatrice Ebbinghaus-Pitzer, Institut für Gerichtspsychologie (IfG), Gilsingstr. 5, 44789 Bochum;

Mielke, Wilde, Gonstalla, Beamte des Jugendamtes Oer-Erkenschwick;

Werner Sarrazin, MOMO Betreuungsprojekte GmbH, Viktoriastraße 5 in 44575 Castrop-Rauxel;

Personen, die an der Entführung von Denni und Thomas Scheibel, und an der Mißhandlung beider Kinder beteiligt gewesen waren, sowie ihre Aufsichtspflicht grob verletzt zu haben:

Pfleger der Kinder Denni und Thomas Scheibel Rechtsanwalt Teutenberg, Marktstr. 5, 43602 Bielefeld;
Geschäftsleitung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Bad Salzuflen, Heldmanstr. 45, 32108 Bad Salzuflen;

Liebe-Freund, Heim Laer Stiftung, Spindelstraße 5, 33604 Bielefeld;

Vanessa Bockstiegel und Ida Mohring, Heilpädagogisches Kinderhaus Stemwede, Bomtestr. 37, 32351 Stemwede;

Richterin Poppenborg, Amtsgericht Bielefeld, Gerichtstraße 6, 33602 Bielefeld;

Geschäftsleitung der Betreuungsfirmen Kaspar-X, Wellenbrecher, Andante, Sonderpflege, Der Kinder- und Jugendhilfeverbund Backhaus (KJHB), Fillastraße 7, 49716 Meppen; Perspektive GmbH;

Dr. J. Lecheler, Vorsitzender des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft der medizinisch-beruflichen Rehabilitationseinrichtungen e.V., Buchenhöhe 46, 83471 Berchtesgaden;

Dr. med. Michaela Vormstein, Leitende Ärztin, Geschäftsführer Rolf Gantenberg und Herbert Schmidt, Institut für medizinisch-berufliche Rehabilitation, Im Saalscheid 8, 42369 Wuppertal.

Die Unterzeichner des Strafantrags:

Dr. Andrej Poleev (Verfasser), Essen;

Sandra-Miriam Emmrich, Simmerath-Rurberg;

Sigrid Tina Hofmann, Simmerath-Rurberg;

Dipl.-Ing. Frank Engelen, Duisburg;

Marina Scheibel, Bielefeld.

Als Zeugen können folgende Personen genannt werden:

Pater Rolf Hermann Lingen, Goldbrink 2a, 46282 Dorsten;

Rainer Hoffmann, Lohweg 26, 45665 Recklinghausen (zur Zeit im Exil);

Josef Ostendorf, Minden;

Dr. Karin Jäckel, Hansjakobstr. 5, 77704 Oberkirch;

Dr. Lilia Monika Hirsch, Hamm.